



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de



Email- 208/2010
8. Dez. 2010

Beim Notarztstandort Lütjenburg muss sich etwas tun

Der Landtagsabgeordnete Werner Kalinka hat **Sozial- und Gesundheitsminister Dr. Heiner Garg** gebeten, sich in das Thema „Notarztstandort Lütjenburg“ aktiv einzuschalten. Nach einem Gespräch in Kiel sagte Kalinka, der Minister habe dazu die grundsätzliche Bereitschaft signalisiert. Der Abgeordnete hatte deutlich gemacht, dass die jetzige Situation auf Dauer nicht so bleiben könne.

Anfang 2011 wird eine Arbeitsgruppe die Auswertung der Einsatzberichte für die Zeit vom 15. Juni bis 15. September 2010 beraten. Die Thematik war bereits Ende November 2010 im Rahmen eines vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit moderierten Workshops behandelt worden. Dabei werden die Einsätze aus allen Notarztstandorten im Lütjenburger Raum ausgewertet. Minister Dr. Garg hatte Kalinka auf dessen Anregung in einem Brief am 03. Februar 2010 mitgeteilt, dass das Ministerium das Thema „Notarztversorgung“ im Auge behalten werde. Kalinka engagiert sich seit Aufkommen der Problematik für den Notarztstandort.

Als „absolut daneben“ hat Kalinka die Forderung der Plöner Kreisverwaltung bezeichnet, für Auskünfte gegenüber der Initiative zum Erhalt des Notarztstandortes 450 Euro in Rechnung zu stellen. **Es sei eine Selbstverständlichkeit bürgerfreundlichen Verhaltens, die Aussagen umfassend und zeitnah zu geben, zumal diese in der Fragestunde des Kreistages Gegenstand der Erörterung waren.** Die jetzige Haltung der Kreisverwaltungsspitze gebe erneut aufschlussreich Einsicht darüber, wie mit Anliegen umgegangen werden, die nicht genehm seien. Kalinka forderte den Plöner Kreistag auf, derartigen Vorgehensweisen Einhalt zu gebieten.

Es sei schon bedenklich genug gewesen, dass die Plöner Verwaltung sich nicht voll hinter das Anliegen der Region zur Sicherung des Notarztstandortes gestellt habe. Dies habe Verhandlungspositionen geschwächt. Kalinka: „Gerade angesichts dieses Sachverhaltes wäre es umso notwendiger, zumindest dem Wunsch betroffener Bürger nach Informationen schnell und positiv zu begegnen.“